

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
159 · Ausgabe BL·BS · Dezember 2015

SP

Zeit ist Geld

im Fall BL und BS 80 Millionen

Den beiden Regierungen aus Basel-land und Basel-Stadt ist mit dem Deal zur Rettung der Partnerschaft ein Coup gelungen. Völlig überraschend wurde ein Ausweg aus einer total verfahrenen Situation gefunden. Baselland steht finanziell so klamm da, dass für die Mehrheit im Landrat Sparen auf Kosten der Partnerschaft zur ernsthaften Option wurde.

Die Zustimmung zu diesem Deal (BS überweist BL in den nächsten vier Jahren je 20 Millionen Franken, dafür kündigt BL die gemeinsamen Trägerschaften nicht auf) war auch für die SP nicht einfach:

Die Stadt muss das Land aus dem Schlamassel retten, in welches die jahrelange bürgerliche Abbaupolitik geführt hat. Im Abstimmungskampf zur Fusionsinitiative hatten Baselbieter noch mit «wir bleiben selbständig»-Klebern an ihren Autos eine scheinbare Unabhängigkeit zelebriert. Nebenher versprach man eine bessere partnerschaftliche Zusammenarbeit, was sich alsbald als reine Lippenbekenntnisse herausstellte. Auch kleine Verbesserungen in der Zusammenarbeit wurden fortan von rechtsbürgerlicher Seite konsequent abgelehnt. Und nun ist



Kathrin Schweizer,
Fraktionspräsidentin BL



Steffi Luethi-Brüderlin,
Grossrat und Fraktions-
präsident BS

es also das Baselbiet, das Unterstützung aus Basel-Stadt braucht.

Trotzdem wird der 80-Millionen-Deal von beiden SP-Kantonalparteien unterstützt. Denn ohne diese Vereinbarung wäre die Partnerschaft zerbrochen, der Univertrag und die Kulturpauschale würden gekündigt. Der Schaden wäre für die gesamte Region enorm. Innert nützlicher Frist wären keine neuen Verträge aushandelbar gewesen. Basel-Stadt hätte in der Folge einen Schaden von deutlich mehr als 20 Millionen pro Jahr gehabt. Deshalb hat Basel-Stadt die bittere Pille geschluckt, der Grosse Rat zugestimmt.

Für die rechtskonservative Mehrheit in BL ist die Situation natürlich äusserst unangenehm: Es wird manifest, dass der Kanton auf die Unterstützung durch den «bösen» Nachbarn angewiesen ist. Damit verlieren alle Drohungen zur Kündigung der partnerschaftlichen Verträge ihre Basis. Mit dem Entscheid des Baselbieter Parlaments, die in der Vereinbarung zwischen den Regierungen festgehaltenen Verpflichtungen einzugehen, werden SVP und FDP zwar noch weiter ringen – aber ohne die uns so wichtigen Geschäfte zu gefährden. Das muss Kämpfer &

Co. richtig ärgern. Die ganze Misstrauens- und Neidrhetorik verliert ihre Grundlage. Wir machen uns nichts vor: Die SVP wird neue Tumelfelder finden, um Basel-Stadt schlechtzumachen. Vorläufig sind dann jedoch immerhin Uni und Kultur aus dem Schussfeld. Oder wie es die Basler SP-Regierungsrätin Eva Herzog formuliert hat: «Wir gewinnen Zeit für Verhandlungen.»

In der Stadt wird die SP Mittel und Wege finden, die den Service Public belastenden Sparmassnahmen zu reduzieren. Eine Durchsetzung einschneidender Abbaumassnahmen in Basel-Stadt parallel zum Millio-nenzuschuss an Baselland: Das kann und darf nicht sein. Sonst bliebe der Befreiungsschlag auf lange Zeit mit bitterem Goût im Halse stecken.

Für die SP Baselland bleibt eine grosse Dankbarkeit gegenüber Regierung und Parlament in Basel-Stadt, die bereit waren, den Weg aus der Sackgasse zu suchen und zu gehen. Es ist eine einmalige Vereinbarung, die nicht verlängert werden kann. Sie kann eine Chance sein. «Dies könnte der Anfang sein einer neuen Zusammenarbeit zwischen den beiden Kantonen», sagte Regierungsrätin Eva Herzog. Das hoffen wir auch.

«Zukunft statt Abbau»

Unser Gegenentwurf zum Tun der Rechtskonservativen

UNSER KANTON WIRD VON EINER SATTEN RECHTSKONSERVATIVEN MEHRHEIT AUS FDP UND SVP REGIERT. VOR EINEM MONAT HABEN WIR DESHALB DIE KAMPAGNE «ZUKUNFT STATT ABBAU» ALS STARKEN GEGENENTWURF PRÄSENTIERT UND BEZIEHEN KLAR UND POINTIERT STELLUNG ZU DEN FÜNF SCHWERPUNKTEN TRANSPARENZ, FINANZEN, BILDUNG, WOHNEN UND SERVICE PUBLIC.



Adil Koller, Co-Präsident BL

In den nächsten Jahren wird sich die SP Baselland gegen die Kürzungen bei der Bildung, im ÖV und beim Staatspersonal einsetzen. Stattdessen soll es mehr zahlbare Wohnungen, anständige Krankenkassen-Prämienverbilligungen und eine ehrliche Zusammenarbeit mit Basel-Stadt geben. Diese Eckpfeiler haben wir vor einem Monat eingeschlagen, was ist seither passiert?

Klare Sprache

Die SP äussert sich klar und deutlich. Das ist die neue SP-Politik: Wir lassen uns nicht abspesen. So z. B. beim ELBA-Ausbau: Nur weil Regierung und Landrat neben den milliardenteuren Umfahrungen und Tunnels auch noch ÖV-Projekte einbauten, haben wir den Blick für das grosse Ganze nicht verloren und konsequent das Referendum ergriffen. Auf der einen Seite Leistungen abbauen und auf der anderen Seite beim Strassenbau klotzen? Dass dies nicht geht, konnten wir der Bevölkerung mit einer starken Kampagne und einer verständlichen Sprache erklären. Eine solch klare Niederlage der Wirtschaftskammer und der Strassenbaulobby ist dabei für das Baselbiet ein historisches Ereignis.

Konkrete Vorstösse zu den Schwerpunkten

Die Rechtskonservativen stellen sich vor den Filz und lehnen einen SP-Vorstoss für die Offenlegung der Finanzierung von grossen Kampagnen ab. Transparenz ist nötig im Baselbiet: Im Dunstkreis der Wirtschaftskammer angesiedelte Gesell-

schaften sind aktuell sogar Teil einer Strafuntersuchung. Zusammen mit den Grünen ist eine Anti-Filz-Initiative in Prüfung. Die Rechtskonservativen blockieren hier weiterhin alle Aufklärungen. Transparenz und Klarheit statt Politfilz!

Für Gemeinsinn braucht es den Service public. FDP und SVP wollen dies nicht wahrhaben und den Service public stattdessen zerschlagen. Die Regierung schreckt bereits im Budget 2016 nicht davor zurück, kräftig zu kürzen. Bei den Schwachen, den tiefen Einkommen und dem Mittelstand, den Kindern und der Natur abbauen? Nicht mit uns! Die SP wehrt sich mit Budgetpostulaten dagegen. Teilweise hat die Regierung bereits eingelenkt – so soll zum Beispiel bei der Verkehrsinstruktion für die SchülerInnen nicht abgebaut werden.

Zu Monica Gschwinds Bildungspolitik geben wir weiterhin Gegensteuer und stellen uns gegen das rückwärtsgewandte «Starke Schule»-Komitee. Dieses verbreitet mit einer Initiativeflut Unruhe an den Schulen. In einem Mail difamierte die «Starke Schule» aber auch unseren alt Regierungsrat aufs Grösste, weshalb wir uns mit einem Schreiben an alle Lehrpersonen mit öffentlichen Mailadressen wandten. Für diese Klarstellung erhielten wir viel Lob von den Lehrpersonen.

Unsere Forderung nach einer Wohnoffensive haben wir neben der Initiative «Wohnen für alle» mit zahlreichen Vorstössen für mehr zahlbaren Wohnraum und mehr Genossenschafts-Wohnungen un-

terlegt. Dank der guten Arbeit der Landratsfraktion wurden alle überwiesen. Nun warten wir auf die Vorlage des Regierungsrats.

Wir bearbeiten die fünf Themen konsequent und mit Nachdruck: Im Parlament, in den Medien und in der täglichen politischen Arbeit. Für Zukunft statt Abbau!

www.zukunftstattabbau.ch



EINLADUNG



DREIKÖNIGSTREFFEN DER SP MUTTENZ

Sonntag, 3. Januar 2016, 10 Uhr
Aula, Primarschule Donnerbaum
Schanzweg 20, MuttENZ

UELI MÄDER

Autor von «macht.ch – Geld und Macht in der Schweiz»

1989 besaßen die 300 Reichsten in der Schweiz 82 Milliarden, Ende 2014 bereits 589 Milliarden Franken. Hat ihre Macht entsprechend zugenommen? Wer hat wie viel Macht in der Schweiz? Welche Rolle spielt dabei das Geld?

Im Gespräch mit Ruedi Brassel stellt Ueli Mäder sein neues Buch «macht.ch» vor.

Im Anschluss daran folgt der traditionelle Dreikönigsapéro.

AGENDA SP BL

- Bis Ende Februar: Gemeindevahlkampf!
- So, 3. Januar, 10 Uhr, **Dreikönigstreffen der SP MuttENZ mit Ueli Mäder**, Aula Schulhaus Donnerbaum, Schanzweg, MuttENZ
- Mi, 13. Januar, 19.15 Uhr, **Delegiertenversammlung** Gemeindefaal, Hauptstrasse, Reinach
- So, 28. Februar, **Abstimmungs- und Wahlsonntag, Wahlen in den Baselbieter Gemeinden**

WEITERE DVs 2016

- Sa, 16. April (GDV); Do, 18. August; Mittwoch, 19. Oktober

WEITERE ABSTIMMUNGSDATEN

- So, 5. Juni; So, 25. September; So, 27. November

PARTEITAGE 2016

- Sa, 11. Juni; Sa, 5. November

Ja zu unserem Boden, Ja zur neuen Bodeninitiative

AM 28. FEBRUAR STIMMEN WIR ÜBER WICHTIGE VORLAGEN AB. EINE DAVON IST DIE NEUE BODENINITIATIVE. SIE ERMÖGLICHT DEM KANTON, EINE AKTIVERE BODENPOLITIK ZU BETREIBEN. ANGESICHTS DER TATSACHE, DASS BODEN EIN BESCHRÄNKTES GUT IST, WIR ALLE BODEN ZUM LEBEN BRAUCHEN UND DIE WOHNUNGSMIETEN STETS STEIGEN, IST DIES ESSENZIELL FÜR DIE KANTONALE POLITIK.

Was will die Initiative?

Die «Neue Bodeninitiative» entspricht wörtlich dem Gegenvorschlag der Basler Regierung zur früheren Initiative «Boden behalten – Basel gestalten!». Das Land im Besitz des Kantons soll nicht mehr verkauft werden. Möglich bleiben Verkäufe, solange sie über Landzukäufe ausgeglichen werden. Flächen für die Erholung, Wohnbauten, Gewerbe- und Industriebetriebe bleiben dadurch langfristig gesichert.

Ja zu einer aktiven Bodenpolitik, Ja zur neuen Bodeninitiative:

Mit der Neuen Bodeninitiative wird sichergestellt, dass Basel kein Land ohne finanzielle Not aus der Hand gibt. Rund 60 Prozent des städtischen Bodens gehört privaten Eigentümern. Die restlichen 40 Prozent sind Kantonseigentum. Dieses Eigentum soll nicht weiter verschertelt werden.

Ja zur Weitergabe im Baurecht, Ja zur neuen Bodeninitiative:

Das Baurecht hat in Basel eine lange Tradition. Baurechtsverträge sichern dem Kanton langfristig höhere Einnahmen als einmalige Landverkäufe. Nach Ablauf eines Baurechtsvertrages (in maximal 100 Jahren) können die Bevölkerung und der Kanton neu entscheiden, was mit Boden und Gebäuden geschieht – weil der Boden auch in Zukunft dem Kanton gehört. Dies ist wichtig, denn so können auch langfristige Auflagen hinsichtlich der Architektur, der Nachhaltigkeit

oder der sozialen Aspekte formuliert werden.

Ja zu unserer Zukunft, Ja zur neuen Bodeninitiative:

Für diese Initiative braucht es uns alle. Ein Engagement für den Abstimmungskampf ist unentbehrlich. Auf der Homepage www.bodeninitiative-basel.ch könnt ihr euch eintragen, Material bestellen und weitere Informationen beziehen.

Diese Initiative ist wichtig – für alle und nicht nur für wenige. Vielen Dank im Voraus für euer Engagement.



Sarah Wyss, Grossrätin BS

NOMINIERUNGEN FÜR DIE GROSSRATSLISTEN

Am 23. Oktober 2016 wählt die Basler Stimmbevölkerung den Grossen Rat und den Regierungsrat neu. Selbstverständlich wird die SP wieder antreten und einen engagierten, motivierten und kreativen Wahlkampf führen. In der neuen Wahlleitung haben wir uns ein hohes Ziel gesteckt: Wir streben die rot-grüne Mehrheit in Regierung und Parlament an.

Derzeit sind unsere Quartiervereine (QV) daran, interessierte und motivierte Menschen zu suchen, die sich eine Kandidatur für die Grossratswahlen vorstellen können. Die QVs werden im Januar ihre Vornominations vornehmen. Wenn du dir eine Kandidatur vorstellen könntest oder mehr Informationen zur Nominierung möchtest, melde dich doch bitte direkt bei deinem QV.

Die grosse Nominations-Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt, an der die definitiven Listen für den Grossen Rat zusammengestellt werden, findet am 10. März 2016 im UNION statt. Und schon am 16. Januar 2016 werden wir an einer Retraite beraten, was mögliche Kernthemen im Wahlkampf sind. Dazu sind alle Interessierten Parteimitglieder eingeladen. Weitere Informationen folgen elektronisch.



AGENDA SP BS

- 15. Dezember 2015 – 3. Januar 2016: Das Sekretariat bleibt über die Feiertage geschlossen.
- Januar: **Vornominations in den QVs für GR-Wahlen 2016**
- Bis Ende Februar: **Abstimmungskampagnen** zu Durchsetzungsinitiative, Gotthardröhre, Nahrungsmittelspekulation, Bodeninitiative und Wahlpflichtfächern
- Do, 7. Januar 2016, 20 Uhr, **Partei Vorstandssitzung** Gewerkschaftshaus, grosser Saal

- Mo, 11. Januar, 19 Uhr, **Rote Bühne zur Nahrungsmittelspekulation** Anschliessend um 20 Uhr **Delegiertenversammlung** Neues Rialto, Basel
- Sa, 16. Januar, **Retraite Wahlkampfthemen 2016**, Zeit und Ort werden noch bekanntgegeben.
- Sa, 23. Januar, 10–13 Uhr, **Aktionstag zur Bodeninitiative** Coop Europe und Coop Spalenmarkt

Am falschen Ort gespart!

In Baselland steigen die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung munter weiter, von 2015 auf 2016 um 4 Prozent. Grundsätzlich gehörten nun die Prämienverbilligungen erhöht, um eine untragbare Mehrbelastung der bescheidenen Einkommen zu verhindern. Aber das Baselbiet spart immer noch, und dieser Akt der Solidarität stört beim Sparen. Es ist doch nichts als konsequent, wenn auch die Wenigverdienenden mittun, indem sie bei steigenden Prämien weniger Prämienverbilligung erhalten...

2016 soll die Richtprämie also noch 200 Franken betragen, die tiefsten Krankenkassenprämien belaufen sich im Kanton inzwischen auf über 320 Franken. Übrigens ist Baselland ohnehin schon derjenige

Kanton, in dem prozentual die wenigsten Einwohnerinnen und Einwohner Anspruch auf Prämienverbilligungen haben, nämlich nur jede fünfte Person (jede dritte ist es im gesamtschweizerischen Durchschnitt). Das konsequente Baselbieter Sparen als Erfolgsmodell?

Zu kurz gedacht! Wenn der Kanton weniger leistet, die Betroffenen unverändert wenig verdienen und das Geld nicht ausreicht, sind letztendlich die Gemeinden die Leidtragenden: Aufgrund der Mehrbelastung werden mehr Menschen – vor allem Familien mit bescheidenen Einkommen und mit Kindern – um Sozialhilfe ersuchen müssen. Was die Sozialhilfebezügler betrifft, fährt die Sparpolitik des Kantons doppelt ein: Die Gemeinden müssen mit-



Simone Abt,
Landrätin aus Binningen

helfen, die höheren Prämien der Versicherten zu finanzieren – und bezahlen zusätzlich mehr, weil der Kanton nicht nur die Prämienteuerung nicht mitträgt, sondern seinen Anteil explizit mit der Senkung der Richtprämie noch zurückfährt. Insgesamt macht die Zusatzbelastung für die Gemeinden rund 2,7 Millionen Franken aus. Und viele Gemeinden müssen selbst sparen.

Die SP-Fraktion im Landrat fordert daher in einem Budget-Postulat für das Jahr 2016, dass im Bereich der Prämienverbilligung die Beiträge an Gemeinwesen und Dritte beibehalten werden, und aufgrund der höheren Kosten zusätzlich die Erhöhung des Gesamtbetrags um 8,4 Millionen Franken (d. h. von 106,4 auf 114,8 Millionen).

Millionen für die elitäre Hochkultur?

Ist es vernünftig, 40 Millionen Franken in den Basler Tempel der klassischen Musik zu investieren? Die eindeutige Antwort der SP BS lautet: Ja, und zwar mit Begeisterung. Das Stadtcasino verfügt über einen Musiksaal mit hervorragender Akustik, ist aber in die Jahre gekommen. Es ist eng und muffig, MusikerInnen und ZuschauerInnen geraten auch ohne viel Bewegung ins Schwitzen. Die sanitären Anlagen sind ungenügend, so dass sich vor der Damentoilette lange Schlangen bilden. Die duschelosen Garderoben für KünstlerInnen eignen sich als Kulisse für einen Horrorfilm. Ein kühner architektonischer Wurf der irakisch-britischen Architektin Zaha Hadid hätte Besserung gebracht, wurde allerdings 2007 von der Basler Stimmbevölkerung deutlich abgelehnt.

Abhilfe schafft ein im Stillen erarbeitetes Projekt, das eine Ver-



Loni Burckhardt und Daniel Goepfert, Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission im Grosse Rat Basel-Stadt

grösserung des Hauptgebäudes mit dem Musiksaal gegen die Barfüsserkirche vorsieht. Es lehnt sich stark an die ursprüngliche Architektur von J.J. Stehlin an und bringt nahezu eine Verdoppelung des Baus. Auch wenn das Casino damit näher an die Barfüsserkirche rückt, wird für neues Leben auf dem alten Platz gesorgt. Bis zur Reformation war die Kirche ohnehin von Klosteranlagen umgeben. Der Bau der Architekten Herzog & de Meuron fügt sich geschickt und diskret in die Umgebung ein.

Geplant ist gleichzeitig ein Durchgang zwischen dem entschlackten Musiksaal und dem Haus von 1939 mit dem Balkon, auf dem die Meisterfeiern stattfinden. Dieser Bau mit der Wandmalerei von Pellegrini, der primär gastronomischen Nutzungen dient, bleibt unangetastet. Damit wird auf ein Anliegen vieler BaslerInnen eingegangen.

Die zuständige Bau- und Raumplanungskommission, der vier SP-Mitglieder angehören, wollte sicher sein, dass die Durchgänge nicht zu eng werden und dass sich Herbstmesse, Jugendkulturfestival und andere Veranstalter auf dem Barfi weiterhin heimisch fühlen können. Beides ist gewährleistet.

Mit dem neuen Bau wird die Musikstadt Basel mit ihren Orchestern, allen voran dem Sinfonieorchester Basel, einen würdigen Mittelpunkt haben. Ein Anliegen bleibt für uns freilich: Die Casino-Gesellschaft muss ihr verstaubtes Image loswerden und jüngere Menschen in die neuen Mauern locken.